



Gefangene Afghanen in einem Lager der amerikanischen Streitkräfte.

CARLOS BARRIA / REUTERS

Neue Einblicke in den Geheimdienstbericht

Bürokratische Abläufe rund um das Verhörprogramm der USA

Der CIA-Bericht über frühere Verhörmethoden erlaubt Einblick nicht nur in deren Anwendung, sondern auch in die damit verbundenen bürokratischen Abläufe. Es fehlte nicht an Stimmen, die voraussagten, das Experimentieren mit Folter werde der CIA langfristig schaden.

B. A. Washington, 25. August

Der soeben publizierte Bericht einer internen Aufsichtsstelle über die Anwendung sogenannt erweiterter Verhörmethoden durch den amerikanischen Geheimdienst CIA dokumentiert sowohl Improvisation als auch intensive Versuche, sich rechtlich abzusichern. Der bis anhin geheime Bericht umfasst im Original 109 Seiten. Er stammt vom Mai 2004 und deckt den Zeitraum von September 2001 bis Oktober 2003 ab. Obwohl Dutzende von Seiten Text mit Rücksicht auf die nationale Sicherheit schwarz abgedeckt sind, legt er neue Angaben darüber offen, wie Gefangene misshandelt und eingeschüchtert wurden. Es geht auch klar hervor, dass die CIA permanent bemüht war, sich bei der Regierung Bush rechtliche Absicherung zu verschaffen.

Unter grossem Erfolgsdruck

Die amerikanischen Geheimdienste hatten dabei versagt, die Terroranschläge vom 11. September 2001 zu verhindern. Danach standen sie unter gewaltigem Druck, der Schuldigen rasch habhaft zu werden und die Planung neuer Angriffe durch die Kaida im Keim zu ersticken. Die CIA war laut dem Bericht schlecht darauf vorbereitet, Verdächtige zu verhören. Dies unter anderem deswegen, weil sie nach ihren scharf kritisierten Operationen in Lateinamerika 1986 das interne Programm zur Ausbildung von Verhörpersonal eingestellt hatte. Das hatte zur Folge, dass die Behörde unklare Anweisungen an die eigenen Agenten erliess und diese nicht hinreichend beaufsichtigte. Zwar besserte sich dieser Zustand im Zeitraum des Berichts, doch wandten die Agenten im Feld nicht autorisierte, improvisierte und inhumane Techniken an.

Der Bericht hält fest, dass die CIA nicht nur die vorgesetzten Stellen in der Regierung permanent informierte und konsultierte, sondern auch die für die Geheimdienste zuständigen Kongressausschüsse ins Bild setzte. Demnach äusserte kein Kongressmitglied Bedenken gegen die «erweiterten Verhörmethoden». Diese waren vom Justiz-

ministerium peinlich genau definiert worden. Es war in der damals herrschenden und durch die Juristen geschaffenen Atmosphäre wohl unvermeidlich, dass es zu formell nicht autorisierten Übergriffen kam. Demnach wurden Verhörte damit bedroht, Familienangehörige würden umgebracht oder in ihrer Gegenwart vergewaltigt. Andere Einschüchterungsmethoden umfassten vorgetäuschte Hinrichtungen und Folterungen, Abreiben mit einer Kratzbürste und das Zudrücken der Halsschlagadern.

Die CIA verfügte nach Angaben des Berichts über zu wenig kompetentes und sprachkundiges Personal, um die Gefangenen und deren Umfeld korrekt einschätzen zu können. Dies habe zu falschen Bewertungen dessen geführt, was die Verdächtigten wissen mussten oder konnten, und somit zu falschen Urteilen darüber, was diese unter Verhör nicht gestanden. Dennoch bewertet der Bericht das Verhörprogramm insgesamt als Erfolg, äussert aber Zweifel daran, dass dies den «erweiterten» Methoden zu verdanken sei. Deren tatsächliche Anwendung sei jedenfalls unverträglich mit der offiziellen Menschenrechtspolitik der Vereinigten Staaten. Das Dokument zitiert ferner gewisse CIA-Angehörige, die unaufgefordert Bedenken darüber geäussert hätten, dass sie dereinst wegen Kriegsverbrechen vor einem «Weltgericht» zu erscheinen hätten und dann von der CIA im Regen stehengelassen würden. Einer sagte: «In zehn Jahren werden wir bereuen, was wir da tun, aber es muss getan sein.»

Zusätzliche Belastung

Vielleicht kommt die Reue schon früher: Justizminister Holder hat offenbar unter dem Eindruck des Berichts einen Staatsanwalt damit beauftragt, einzelne Übergriffe strafrechtlich zu bewerten. Zwar widerspricht Holders Schritt den oft geäusserten Aufforderungen Präsident Obamas, sich nicht von der Vergangenheit zurückhalten zu lassen, doch wirkt es nicht, als hätte er seinem Vorgesetzten zuwidergehandelt. Laut unbestätigten Angaben drängte das Weisse Haus auf die Veröffentlichung des Berichts, während sich der von Obama ernannte Chef der CIA, Panetta, dagegen gesträubt haben soll. Ob sich die Untersuchung auf wenige Fälle beschränken lässt, ist zweifelhaft. Die politischen Folgen könnten die Administration Obama, die mit der Gesundheitsreform und anderen herkulischen Vorhaben bereits reichlich beschäftigt wirkt, erheblich belasten.